

- Picard, Robert G. (1996) The Rise and Fall of Communication Empires, in: Journal of Media Economics 9(4): 23-40.
- Scheijter, Amit (Hg. 2009) »... And Communications for All«: A Policy Agenda for a New Administration. Lanham, MD: Lexington Books.
- Schiller, Dan (1988) How to think about Information, in: Mosco, Vincent/ Janet Wasko (Hg.). The Political Economy of Information, Madison/Wisc., 27-43.
- Schiller, Dan (1999) The Neoliberal Networking Drive Originates in the United States, in: Schiller, Dan, Digital Capitalism: Networking the Global Market System, Boston: MIT Press.
- Schiller, Herbert I. (1996) Information Inequality. The Deeping Social Crisis in Amerika, New York u. a.
- Schiller, Herbert I. (1969) Mass Communication and American Empire; Boulder Coll.
- Straubhaar, Joe (2007) World Television from Global to Local, Sage.
- UNESCO (2005) International Flows of selected Cultural Goods and Services, 1994–2003 – Defining and capturing the flows of global cultural trade, Montreal: UNESCO Institute for Statistics.
- Wagnleitner, Reinhold (1991) Coca-Colonisation und Kalter Krieg: Die Kulturmission der U.S.A. in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Wagnleitner, Reinhold (2001) Amerikanisierung? – Globalisierung? – Bildung! Beitrag in ORF On Science <http://74.125.95.132/search?q=cache:Zs9FWMoAKWEJ:science.orf.at/science/wagnleitner/14205+wagnleitner+coca+kolonialisierung&cd=1&hl=en&ct=clnk&gl=us> (23. 5. 2009).
- Wasko, Janet (1995) Hollywood in the Information Age, Polity Press.

Anmerkungen

- 1 »In the United States, fewer than two dozen of these extraordinary creatures own and operate 90% of the mass media« (Bagdikian 1992). Sie kontrollierten damit Amerikas Zeitungen, Magazine, Fernseh- und Radiostationen, Bücher, Tonträger, Filme, Videos, Kommunikationsnetze und Fotoagenturen.
- 2 Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Konzentration stark von der Berechnungsmethode abhängt, mehr noch von der Definition dessen, was als relevanter Markt angesehen wird. Diese Tatsache hat zwischen der Consumer Union und der FCC in den letzten Jahren immer wieder für Kontroversen gesorgt, da die FCC eine sehr breite Marktdefinition anlegt, damit verringert sich die Konzentrationsrate. Eli Noam bezeichnet die hohen Konzentrationszahlen als »munition«, dies nicht ganz ungerechtfertigt, denn genau begründet werden die Daten nur in den seltensten Fällen (Consumers Union 2001 und 2003 als wohlthuende Ausnahme). Er selbst bedient sich aber solcher Daten, die die andere ideologische Seite »munitionieren«. (Noam 2009).
- 3 Für detailliertere Informationen hierzu siehe: FAIR media watch group (www.fair.org).
- 4 Zum Beispiel im Sammelband von McChesney/Newman/Scott (2005) anhand unterschiedlicher Beispiele belegt.
- 5 Eine Adaption der gleichnamigen Novelle von H.G.Wells
- 6 Nicht zuletzt waren es ja durch das Naziregime aus Europa vertriebene ExilantInnen (Fritz Lang, Billy Wilder, Fred Zinnemann oder Otto Preminger), die die Hollywoodindustrie bereichert haben.
- 7 Wenn ein Film über einen anderen Kulturkreis es dann doch schafft, am amerikanischen Markt ein Blockbuster zu werden (wie *Slumdog Millionaire* zu Beginn des Jahres 2009), dann ist es wiederum eine Hollywoodproduktion, die eben das andere Land, in diesem Fall Indien, zu seiner Kulisse macht.

Die politische Ökonomie des Desasters

Wer gewinnt wer verliert bei Naturkatastrophen?

Elisabeth Springler

1. Einleitung

In den U.S.A. wurden in den letzten Jahren die ökonomischen Ansätze zur Vermeidung und Linderung von Desastern vertieft. Diese Tatsache ist angesichts der jährlichen ökonomisch quantifizierten Schäden aus Naturkatastrophen nicht verwunderlich. Obwohl vor allem weniger entwickelte und emerging markets unter den Effekten von Naturkatastrophen leiden, ist es das Jahre 2005, das durch die Hurrikans Katrina, Rita und Wilma die höchsten ökonomisch quantifizierten Zerstörungen nach sich gezogen hat. Damit hatte die U.S.A. die höchsten je quantifizierten Schäden zu überwinden. Von den insgesamt zirka 225 Milliarden U.S. Dollar Schaden, die in diesem Jahr gemeldet wurden, verursachten alleine die drei genannten Hurrikans einen Schaden von 170 Milliarden U.S. Dollar (UNISDR 2008).

Diese Ansätze der Desasterökonomie fußen auf standardökonomischen Annahmen, deren Empfehlungen zur Überwindung von Naturkatastrophen marktliche Lösungsmodelle und Risikoabsicherungen anstreben. Auf diese Weise werden nicht nur sozioökonomische Effekte völlig ausgeklammert, sondern auch staatliche Versorgungsmodelle auf ein Minimum reduziert. Die Hegemonie des Marktes, gekoppelt mit wirtschaftspolitischen Massnahmen, die dem neoliberalen Paradigma folgen, stehen im Zentrum der Analyse. Diese Vorgangsweise der Desasterökonomie bedeutet auch, dass die Verantwortlichkeit des Einzelnen ausgeweitet wird. Folgt man einer alternativen Betrachtungsweise, die hier als politische Ökonomie des Desasters verstanden wird, werden die Defizite der standardökonomischen Ansätze deutlich. Der Begriff der politischen Ökonomie umfaßt dabei eine ökonomische Betrachtungsweise unter Einbeziehung sozioökonomischer und verteilungspolitischer Effekte.

In diesem Betrag werden zunächst die standardökonomischen Kausalzusammenhänge und prognostizierten Effekten der Desasterökonomie reflektiert und in der Folge die Unzulänglichkeiten aus einem Ansatz der politischen Ökonomie des Desasters kritisiert. Als Beispiel dafür werden die Folgen von Hurrikan Katrina in New Orleans herangezogen, wobei die Effekte für den Wohnungsmarkt im Zentrum stehen sollen. Während der Wiederaufbau boomt und private Bauunternehmen Gewinne erzielen, hat die Zerstörung des Wohnungsbestandes vor allem WohnungseigentümerInnen unterer Einkommensklassen und MieterInnen stark negativ beeinflusst. Die Wohnungspolitik der Stadt hat dazu beigetragen, den Bestand an leistbaren Wohnungen zu verringern.

Nach den ökonomischen Ansätzen der Desasterökonomie können alle Akteure von Naturkatastrophen auf die mittlere Frist profitieren, in der Realität ist das keineswegs der Fall! Unter einer alternativen Betrachtungsweise muss man sich fragen: Wer gewinnt, wer verliert bei Naturkatastrophen?

2. Desasterökonomie: Chancen aus Naturkatastrophen?

1969 wurde von Douglas Dacy und Howard Kunreuther mit *The Economics of Natural Disasters* das Basiswerk für eine Desasterforschung und -vermeidung geschaffen, nachdem bereits in den 1950er und 1960er Jahren ein kontinuierliches Ansteigen der ökonomischen Schäden durch Naturkatastrophen beobachtet werden konnte, das nicht auf eine Verbesserung der Aufzeichnungen von Naturkatastrophen zurückgeführt werden konnte. Es wurde hingegen die Schlußfolgerung gezogen, dass mit steigender Entwicklung einer Ökonomie die Anzahl der akkumulierten realen Vermögenswerte, die im Fall einer Naturkatastrophe in die Berechnung des ökonomischen Schadens eingehen, steigt. Die Forderungen zur Überwindung eines lokalen Desasters (das heißt, ein Desaster, das nicht das gesamte Nationalgebiet eines Staates umfaßt, sondern nur einen Teilstaat oder Provinz) lassen sich nach dieser standardökonomischen Analyse in drei Hauptgruppen nach zeitlichem Horizont und involvierten Akteuren gliedern:

Laut Dacy/Kunreuther (1969: 70) sind die *kurzfristigen* Schäden, das heißt, die unmittelbaren Schäden aus der Zerstörung des Kapitalstocks leicht und ohne Preisdruck zu überwinden. Die Verknappung an Lebensmitteln und die Reduktion des Wohnungsbestandes werden ohne Miet- und Preissteigerungen überwunden, sofern die BürgerInnen keine Lebensmittel horten, kurzfristig etwa bei Verwandten unterkommen und damit keine zusätzliche Nachfrage am Wohnungsmarkt generieren.

Eine ähnlich sozioökonomisch kurzfristige Analyse wird auf die *lange Frist* angenommen. Die Forderung nach einem Wiederaufbauprozess entsprechend der Grenzproduktivität des Kapitalstocks wird mit der Forderung nach Implementierung der neuesten Technologie zum Wiederaufbau verbunden. Der Einsatz innovativer Produktionstechniken schafft nicht nur einen schnelleren Wiederaufbau, sondern ermöglicht auch eine generelle Steigerung des Innovationspotentials der Krisenregion (Dacy/Kunreuther 1969: 77f).

Als dritter wichtiger Bereich wird die Stellung des *öffentlichen Sektors* bei der Unterstützung des Wiederaufbaus thematisiert. Massnahmen sollen von öffentlicher Seite unmittelbar ergriffen werden. Gleichzeitig sollen Gelder für den privaten Sektor bereitgestellt werden. Dadurch, dass eine zeitliche Verzögerung bei der Einreichung von Wiederaufbauplänen von privaten Unternehmen angenommen wird, kann sich keine Konkurrenzsituation zwischen privaten und öffentlichen Massnahmen zum Wiederaufbau ergeben. Nachdem die öffentlichen Stellen sozusagen die wesentlichen Infrastrukturleistungen erbracht haben, übernehmen die privaten Unternehmen mit ihren individuellen Plänen. Eine dauernde staatliche Teilübernahme des Risikos ist somit nicht vorgesehen. Das Risiko verbleibt in der Sphäre des einzelnen privaten ökonomischen Akteurs.

Soweit die einfache rational und standardökonomisch determinierte Theorie, die in den 1960er Jahren als Basis für die weitere Entwicklung der Krisenvermeidung und -überwindung konzipiert wurde. Auf die kurze Frist ergeben sich aufgrund des rationalen Verhaltens der AkteurInnen keinerlei ökonomische Probleme¹. Die Unzulänglichkeit des Ansatzes wird hier bereits deutlich. Es wird kein Horten von Lebensmitteln oder Mietensteigerungen angenommen; daher konzentriert sich die nachfolgende standardökonomische Forschung einerseits auf das Überwinden von *langfristigen Problemen* und den *Wiederaufbau des Kapitalstocks* und andererseits

auf die *Absicherung von Naturkatastrophen*, sowie das Krisenmanagement. Letztere beziehen sich vor allem auf die versicherungstechnische Auseinandersetzung mit Naturkatastrophen. Der Unsicherheit des Eintreffens einer Naturkatastrophe wird mit der versicherungsmathematischen Berechnung von Risiko begegnet².

Zu den angenommenen Kausalitäten auf die lange Frist: Während Dacy/Kunreuther (1969) in ihrer Argumentation noch die Überwindung des Desasters und langfristigen³ Wiederaufbau des Kapitalstocks in den Mittelpunkt gestellt haben, gehen nachfolgende empirische Studien einen Schritt weiter und analysieren den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Naturkatastrophen. Empirische Studien, siehe unter anderem Skidmore/Toya (2002), Crespo Cuaresma et al. (2008), kommen, dem Argument folgend, dass nach einer Naturkatastrophe wenig effiziente Produktionstechnologie durch neuere Technologien ersetzt werden, zu dem Schluss, dass eine Naturkatastrophe zur einer längerfristigen wirtschaftlichen Steigerung der jeweiligen Region beiträgt. Das Desaster einer Naturkatastrophe soll demnach, gleichsam dem Schumpeterianischen Ansatz der »schöpferischen Zerstörung« die Region von unrentablen Produktionstechniken befreien und die Chance zu einer Verbesserung geben. Auch John Stuart Mill wird oft (siehe unter anderem Hirshleifer 1991 und Boettke 2007) als Ausgangspunkt für die Desasterökonomie gewählt. Schliesslich beschreibt Mill die rasche Überwindbarkeit von Katastrophen:

This perpetual consumption and reproduction of capital affords the explanation of what has so often excited wonder, the great rapidity with which countries recover from a state of devastation; the disappearance, in a short time, of all traces of the mischief done by earthquakes, floods, hurricanes, and the ravages of war.
(Mill 1848 Ausgabe 2001, S. 70, Par. 7)

Aktuelle Studien unterscheiden bei den Effekten und der Dauer des Wiederaufbaus zwar entweder nach Form der Naturkatastrophe, so weisen klimatische Desaster laut den empirischen Studien von Skidmore/Toya (2002: 682) einen höheren positiven Effekt zum langfristigen Wirtschaftswachstum auf als geologische Desaster, oder nach dem Entwicklungsstand des Landes. Crespo Cuaresma et al. (2008) kommen zu dem Ergebnis, dass entwickelte Staaten und Regionen am Meisten von einem Technologieschub nach einer Naturkatastrophe profitieren können.

Wendet man die Überlegungen der Desasterökonomie auf die einzelnen Akteure einer Volkswirtschaft an, so scheinen, sofern sie rational handeln und Absicherungen im Sinn von Versicherungen abschließen, alle Akteure, Haushalte und Unternehmen von Naturkatastrophen auf die lange Sicht profitieren zu können. Ihnen steht der Ersatz des ökonomischen Verlustes und die Möglichkeit von Investitionen in Innovationen und Verbesserungen bei überholter Infrastruktur zur Verfügung.

3. Desasterökonomie: Makroökonomische Effekte aus New Orleans

Diese optimistische Betrachtung der Theorie steht in krassem Gegensatz zu den tatsächlichen Entwicklungen in New Orleans nach Hurrikan Katrina.

Bei Betrachtung der makroökonomischen Faktoren läßt sich keine dynamische Entwicklung der Region beobachten. Die makroökonomischen Daten für New Orleans und Louisiana zeigen zwar einen geringeren wirtschaftlichen Einbruch in den letzten Monaten im Vergleich zu den gesamten U.S.A., doch diese Entwicklung kann

nicht mit einem Prozess der »schöpferischen Zerstörung« erklärt werden. So zeigt der Vergleich der Arbeitslosenraten zwischen den U.S.A. und New Orleans, dass diese nach einem kurzfristigen rasanten Anstieg in der Stadt nach Katrina in den folgenden Jahren zwar geringfügig, aber kontinuierlich, unter den Werten für die gesamten U.S.A. lagen. Während die derzeitige Krise in anderen Staaten bereits zu einem Ansteigen der Arbeitslosenraten geführt hat, so sind die Werte sowohl für den Staat Louisiana als auch für New Orleans mit 5,2% beziehungsweise 5,3% unter jenen der gesamten U.S.A. mit 6,2% (The Brooking Institution Metropolitan Policy Program & Greater New Orleans Community Data Center 2009). Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass sich in diesem Zeitraum die Bevölkerung in New Orleans stark verringert hat. Wurde für die Region von New Orleans vor Katrina noch eine Bevölkerung von 1,3 Millionen ausgewiesen, so sank diese auf zirka 700.000 ab (University of New Orleans 2009: 8) und hält derzeit bei zirka 88% des Standes vor der Naturkatastrophe. Unter den Voraussetzungen dieses massiven Bevölkerungswundes ist es nicht verwunderlich, dass sich die Arbeitslosenraten nach einigen Quartalen nach Katrina wieder erholt haben und im Vergleich dazu die Anzahl der offenen Stellen – mit 9,8% im 2. Quartal 2006⁴ und 7,3% im 2. Quartal 2007 (siehe The Brooking Institution Metropolitan Policy Program & Greater New Orleans Community Data Center 2009) stark angestiegen ist. Mit dem 2. Quartal 2008 ist die Rate der offenen Stellen mit 4,4% wiederum ungefähr auf das Pre-Katrina Niveau gefallen, bei einem moderaten Anstieg der Bevölkerung und einem schwachen Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist somit als Aufbau- und Wiederbelebungsprozess zu bewerten (indem Unternehmen versuchen, ihren alten Standort in New Orleans wieder zu eröffnen), dessen makroökonomische Indikatoren nicht die Dynamik aufweisen, die man nach der Argumentation der oben beschriebenen Desasterökonomie erwarten würde. Ob der Zuzug der Bevölkerung in die New Orleans Metropolitan Area auf eine weitere positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren schließen lässt ist fraglich, wenn man die Zusammensetzung der Bevölkerung betrachtet. Laut den Daten im letzten Metropolitan Report der University of New Orleans (2009: 9) sind in den letzten Jahren vor allem die Altersgruppen von 45 bis 64 Jahren stark angestiegen, während die Anzahl an jungen Familien und Kinder bis 14 Jahre abgesunken ist; wodurch das ökonomische Potential in der Zukunft geschwächt wird.

Darüber hinaus hat die Bevölkerung in New Orleans durch Katrina auch einen ökonomischen und ethnischen Wandel erlebt. Studien zeigen (Frey/Singer/Park 2007; Gabe et al. 2005), dass der Afro-Amerikanische Bevölkerungsanteil der Stadt, sowie ärmere Einkommensschichten überproportional von Hurrikan Katrina betroffen waren. Der Anteil der Afro-Amerikanischen Bevölkerung sank von 67% in der Stadt New Orleans im Jahr 2005 auf 58% im Jahr 2006 ab. Der Anteil der Haushalte, der von Armut⁵ betroffen ist, ist von 2005 auf 2007 von 25,5% auf 21,8% abgesunken. Trotz dieser Reduktion ist der Anteil der von Armut betroffenen Haushalte dennoch bei weitem höher als im Vergleich zu den U.S.A. Gesamtdaten oder auch dem Staat Louisiana. Diese wiesen von 2005 auf 2007 eine Reduktion um 0,3 Prozentpunkte auf 13% beziehungsweise ein Absinken von 22,2% auf 18,8% auf.

Fragt man nun abermals, wer denn die Gewinner und der Verlierer von Katrina sind, so stellt man fest, dass man bei den Gewinnern lange suchen muss, die Verlierer

aber gleich findet: die Vielzahl an einkommensschwachen Haushalten. Auch wenn das Median-Haushaltseinkommen in New Orleans mit einer jährlichen Wachstumsrate zwischen 10,4% und 11,9% im Vergleich zu den Daten für Louisiana und den gesamten U.S.A. überproportional angestiegen ist, so liegt es dennoch nach wie vor sowohl weit unter den Referenzwerten für den Bundesstaat als auch unter jenen gemessen am Durchschnitt der U.S.A. Im Jahr 2007 lag das Medianeinkommen in New Orleans demnach bei zirka 75% des durchschnittlichen Medianeinkommens der U.S.A. und etwas über 91% von jenen des Staates Louisiana. Ein Bereich, der Haushalte im Fall von Naturkatastrophen vor besonders hohe finanzielle Hürden stellt, ist der Wohnungsmarkt. Auch hier zeigt sich, dass im Fall von New Orleans besonders die unteren Einkommensschichten weitere Benachteiligungen erfahren haben.

4. Die politische Ökonomie des Desasters: Wiederaufbau – der Wohnungsmarktes in New Orleans

In New Orleans wurden durch Hurrikan Katrina 71% des Wohnungsbestandes in unterschiedlichem Mass beschädigt, wobei die Hälfte der beschädigten Einheiten Mietwohnungen darstellten – insgesamt zirka 67.700 Mieteinheiten (Richardson 2007: Table 2). Weder das Verhältnis zwischen Eigentumseinheiten und Mieteinheiten noch das Mass der Zerstörung ist über die Stadt gleichverteilt. In den Bezirken *French Quarter* und *Garden District* wurden 30,2% beziehungsweise zirka 50% des Wohnungsbestandes beschädigt, gefolgt von *Uptown* mit zirka 60% (Richardson 2007: Table 3). Die Schäden an den Gebäuden in diesen Bezirken waren vergleichsweise gering und die Renovierung ist fast abgeschlossen. Diese Bezirke weisen einen hohen Anteil an Mietwohnungen auf, allerdings sind diese zumeist als Einzelwohnhäuser oder Wohnungskomplexe mit unter 10 Einheiten zu verstehen. Im Gegensatz dazu, waren besonders in jenen Gebieten, die eine so gut wie vollständige Beschädigung oder besser gesagt Zerstörung aufweisen, wie *New Orleans East* (mit einem Grad der Beschädigung von zirka 98%) durch eine Vielzahl an Einheiten in Wohnkomplexen über 10 Einheiten zu finden. Im so gut wie vollständig zerstörten *Lower 9th Ward* waren am Mietwohnungssektor vor allem kleine Wohneinheiten zu finden. Der Wiederaufbau in diesen schwer zerstörten Bezirken gestaltet sich langsam und wird, wie im *Lower 9th Ward*, zu einem Grossteil von privaten Initiativen und Spenden getragen (siehe www.makeitrightnola.org).

WohnungseigentümerInnen steht unter dem *The Road Home Programm* (Louisiana Office of Community Development, Louisiana Recovery Authority 2006) staatliche Unterstützung zur Sanierung ihrer Wohneinheit zu. Dabei können im Idealfall bis zu 150.000 U.S. Dollar zum Wiederaufbau beantragt werden. Bis zu 60% des jeweils zustehenden Wertes werden im Fall eines Umzugs ausbezahlt. Zahlreiche WohnungseigentümerInnen – insgesamt sind 185.106 Anträge für dieses Programm eingegangen (The Brooking Institution Metropolitan Policy Program & Greater New Orleans Community Data Center 2009: Table 20) – haben von dieser Möglichkeit bisher Gebrauch gemacht. Dabei zeigt sich, dass für New Orleans der Anteil jener EigentümerInnen, welche die Option eines Verkaufs mit Umzug wählen, angestiegen ist. Machten diese zu Beginn noch zirka 1% aus, so stiegen sie auf zirka 10% der Anträge an. Das bedeutet aber auch, dass die demographischen Veränderungen, die durch den Hurrikan Katrina ausgelöst wurden, noch nicht abgeschlossen sind.

Während MieterInnen in höheren Einkommensklassen, die in Bezirken wie *French Quarter*, *Uptown* und *Garden District* Einzelheime mieten, in einen fast vollständig renovierten Mietwohnungsbestand bei stark angestiegenen Mieten zurückkehren können, ist der Bestand an Wohnungen im öffentlichen Wohnungsbau drastisch zurückgegangen. Standen vor Katrina rund 7.000 Einheiten zur Verfügung sind es nun noch etwas über 2.000 Einheiten (The Brookings Institution Metropolitan Policy Program & Greater New Orleans Community Data Center 2009: Table 16). Um den Mangel an öffentlichen Wohneinheiten zu verringern, werden im Rahmen des sogenannten *Piggyback Program* (Louisiana Office of Community Development, Louisiana Recovery Authority 2006) verschiedene Massnahmen zur Unterstützung des Wohnungsbaus getroffen. Im Zentrum stehen sogenannte *mixed income* Wohnkomplexe, die die Zerstörung des öffentlichen Wohnungsbestandes zum Anlass nehmen, eine stärkere Durchmischung der Einkommenschichten in einem Wohnungskomplex zu fördern. Ein Teil der Einheiten soll zum Marktpreis vermietet werden - bis zu 60% - der Rest gestaffelt nach Einkommensklassen zu einem »leistbaren« Mietsatz. Obwohl diese Änderung in der Wohnungspolitik zur Minderung der Gettoisierung wünschenswert erscheint, wird jedoch deutlich, dass sie derzeit noch durch mehrere Unzulänglichkeiten geprägt ist. Zum einen wird durch diese Vorgangsweise der starke Mangel an leistbarem Wohnen nicht ausreichend verringert. Der angestrebte Wohnungsbestand für untere Einkommenschichten in *mixed income housing* deckt nicht den Bedarf (Springler 2009b). Zum anderen finden keine Massnahmen zur Verringerung der Vorurteile gegenüber einkommensschwachen MieterInnen statt; diese mangelnde soziale Integration führt zu zunehmendem Widerstand gegen geplante *mixed income* Projekte (Elie 2009).

Zusätzlich stehen unteren Einkommensklassen im Rahmen des *Disaster Housing Assistance Program*⁶ Mietzuschüsse zur Verfügung. Dieses Programm wäre mit März 2009 abgelaufen, wird jedoch unter dem Namen *Housing Choice Voucher* für einen Grossteil der BezieherInnen weitergeführt, nachdem der Bedarf weiterhin groß ist und keine ausreichenden öffentlichen Wohnungsbestände zur Verfügung stehen.

Wer gewinnt nach der Betrachtung der politischen Ökonomie des Desasters?

Haushalte, egal welcher Einkommensgruppe, gehören nicht zu den Gewinnern. Versicherte WohnungseigentümerInnen finden am ehesten einen adäquaten Ersatz für ihren ökonomischen Verlust. Viele MieterInnen sehen sich hingegen steigenden Mieten gegenüber und haben im Fall von unteren Einkommensklassen das Problem eines mangelnden Wohnungsbestandes. Die treibende Kraft am Aufholprozess der letzten Jahre war die private Bauwirtschaft. Somit wären diese Unternehmen als Gewinner von Hurrikan Katrina, zu nennen. Die Investitionen am Bausektor haben zwischen dem 4. Quartal 2007 und dem 4. Quartal 2008 zwischen zirka 576 Millionen U.S. Dollar und 433 Millionen U.S. Dollar ausgemacht. In den letzten beiden Quartalen 2008 sind die Volumina besonders im Bereich Wohnungsbaus eingebrochen (New Orleans University 2009: Table 5). Im Bereich des Wiederaufbaus von Industrieanlagen ist dieser Rückgang noch nicht zu beobachten. Insgesamt bedeutet das, dass den enormen negativen sozioökonomischen Effekten, die im Rahmen der standardökonomischen Betrachtung der Auswirkungen von Desastern vollkommen ausgeklammert werden, kaum nennenswerte positive ökonomische Wachstumseffekte gegenüber stehen. Nicht nur, dass die standardökonomische Betrachtung eine

eingeschränkte ist, auch die prognostizierten positiven Effekte können nicht gefunden werden.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Desasterökonomie nach standardökonomischen Prinzipien stellt keine adäquate Lösung zur Überwindung von Naturkatastrophen dar. Wie gezeigt, wird von einem Selbstheilungsprozess der Wirtschaft ausgegangen, der auch noch zu einer steigenden Entwicklung in der Zukunft führen soll. Die empirische Betrachtung von New Orleans zeigt, dass eine solche auch in dem von der Desasterökonomie beschriebenen Idealfall einer Region in einem stark entwickelten Industriestaat nicht gegeben ist. Die Desasterökonomie propagiert marktliche Absicherungen und einen mit Ausnahmen von wesentlichen Infrastruktureinrichtungen getragenen privaten Wiederaufbauprozess. Im Fall von New Orleans zeigt sich, dass eine solche Vorgangsweise nicht zielführend ist. Dabei wurde nicht auf das staatliche Versagen von Hilfsleistungen unmittelbar nach dem Hurrikan Bezug genommen – welches zwar massiv war, aber nicht Teil der unmittelbaren Analyse der Desasterökonomie sein kann und eine detaillierte Darstellung der Funktionsweise von Massnahmen des risk management nach sich ziehen würde – sondern auf die Massnahmen zum Wiederaufbau des Wohnungsmarktes. Die sozioökonomischen Effekte von Naturkatastrophen sind nicht zu übersehen und haben, wie das Beispiel Katrina zeigt zu einer nachhaltigen ökonomischen und ethnischen Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung geführt. Diese Effekte werden durch die derzeitige, der Desasterökonomie folgenden Wirtschaftspolitik unterstützt.

Wendet man demgegenüber einen Ansatz der politischen Ökonomie an, der die sozioökonomischen Effekte von Naturkatastrophen verdeutlicht, wird die Notwendigkeit einer geänderten Wirtschaftspolitik evident. Es muß ein Umdenken im Bereich des sozialen Wohnungsbaus erfolgen. Der geplante Schwenk von einer reinen öffentlichen Wohnungsversorgung für untere Einkommenschichten hin zu einer *mixed income* Versorgung, ist zwar vor dem Hintergrund sozialer Durchmischung zu begrüßen, doch kommt es zu keinerlei Veränderung der Rahmenbedingungen, wie der Stigmatisierung von MieterInnen unterer Einkommensklassen. Es werden keinerlei Anreize für höhere Einkommenschichten geboten, Mieten zu Marktpreise in diesen neu zu errichtenden Einheiten zu belegen. Weiters fehlen angebotsseitige institutionelle Rahmenbedingungen, wie sie etwa in Österreich durch die Gemeinnützigen Baugesellschaften gegeben sind. Im Verlauf der Planungen ist daher zu beobachten, dass der Anteil der sozial geförderten Wohneinheiten in den Planungsstufen zurückgeht und der Anteil der Einheiten zu Marktmieten demgegenüber steigt. Diese Effekte sind einerseits auf die Gewinnbestrebungen der Bauunternehmen zurückzuführen, andererseits aber auch als Resultat der wachsenden Opposition der Anrainer gegen die geplanten *mixed income* Wohnkomplexe. Das Resultat ist ein weiteres Absinken des Wohnbestandes für untere Einkommenschichten.

Angesichts dieser Entwicklungen wird einmal mehr die Bedeutung einer sozialen Wohnungspolitik im Rahmen einer sozialen Integration unterer Einkommenschichten deutlich. Während Österreich und im speziellen Wien in der Vergangenheit durch Prinzipien der sozialen Integration eine Sonderstellung in der Wohnungspolitik eingenommen hat und in den letzten Jahrzehnten durch den Rückgang des öffent-

lichen Wohnungsbestandes eine zunehmende Vermarktlichung erlebt hat, werden die negativen Effekte dieser mißverstandenen sozialen Wohnungspolitik im Rahmen der eng berechneten Fürsorgemodelle in amerikanischen Großstädten deutlich. Wukovitsch (2009) hat die Effekte dieser wohnungspolitischen Kehrtwendung in Wien und Berlin in der letzten Ausgabe des Kurswechsel (1/2009) verdeutlicht. Neoliberale Wirtschaftspolitik, die sich im Rahmen einer Vermarktlichung von Wohnungspolitik niederschlägt, führt zu einer weiteren Ausgrenzung und Gettoisierung unterer Einkommenschichten. Der mangelnde Wohnungsbestand nach Naturkatastrophen potenziert die negativen Effekte von sozialer Ausgrenzung und Verarmung. Massnahmen der sozialen Integration, wie *mixed income housing* können hier keinerlei Kehrtwende bewirken, wenn sie nicht durch institutionelle Rahmenbedingungen und durch weitere soziale Massnahmen, die zu einer Entstigmatisierung führen, begleitet werden. Dies erfordert jedoch eine grundlegende Abkehr von den neoliberalen Prinzipien der Wirtschaftspolitik. Ob derartige Massnahmen in den U.S.A. in der Zukunft umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

Literatur

- Albala-Bertrand, Jose Miguel (1993) *Political Economy of Large Natural Disasters*, Clarendon Press: Oxford.
- Boettke, Peter et al. (2007) *The Political, Economic, and social Aspects of Katrina*, in: *Southern Economic Journal* 74(2), S. 363-376.
- Crespo, Cuaresma Jesus/ Jaroslava Hilouskova/ Michael Obersteiner (2008) *Natural Disasters as creative destruction? Evidence from developing countries*, in: *Economic Inquiry*, Vol. 46, No. 2, S. 214-226.
- Dancy, Douglas/ Howard Kunreuther (1969) *The Economics of Natural Disaster, Implications for Federal Policy*, The Free Press: New York.
- Elie, Lolis Eric (2009) *Affordable Housing? Not in my backyard, many say*, in: *Times Piyagune*, May 2 2009, S. A-1, A-9.
- Frey, William/ Audrey Singer/ David Park (2007) *Resettling New Orleans: The First Full Picture from the Census*, Special Analysis in Metropolitan policy, The Brookings Institutions Metropolitan Policy Program.
- Gabe, Thomas/ Gene Falk/ Maggie McCarty/ Virginia Mason (2005) *Hurricane Katrina: Social-Demographic Characteristics of Impacted Areas*, CRS Report for Congress, Order Code RL33141.
- Hirshleifer, Jack (1991) *Disaster and Recovery*, Working Paper No. 639, University of California, Los Angeles.
- Jarmin, Ron/ Javier Mirana (2009) *The Impact of Hurricane Katrina, Rita and Wilma on Business Establishments*, in: *Journal of Business Valuation and Economic Loss Analysis*, Vol. 4, Issues 2, Article 7. <http://www.bepress.com/jbvela/vol4/iss2/art7>
- Louisiana Office of Community Development, Louisiana Recovery Authority (2006) *The Road Home, CDBG-LIHTC Piggyback Program Description*. <http://www.doa.louisiana.gov/cdbg/dr/Rental/Piggyback%20Program%20Description%2009-28-06.pdf>
- Mill, John Stuart (1848 Ausgabe 2001) *Principles of Political Economy*, Batoche Books: Kitchener 2001.
- Noy, Ilan (2009) *The macroeconomic consequences of disasters*, in: *Journal of Development Economics*, Vol. 88, S. 221-231.
- Richardson, James (2007) *Housing and the New Orleans economic Recovery*, Testimony to Committee on Financial Services, U.S. House of Representatives, <http://www.tacinc.org/Docs/HH/htrichardson020607.pdf>
- Skidmore, Mark/ Hideki Toya (2002) *Do Natural Disasters promote long-run growth?* in: *Economic Inquiry*, Vol. 40, No. 4, S. 664-687.
- Springler, Elisabeth (2009a im Erscheinen) *Vertrauen und Finanzmärkte im historischen*

- Wandel, in: Peter Mooslechner, Vanessa Redak, Martin Schürz, Elisabeth Springler (Hg.) *Auf der Suche nach dem Selbst. Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft*, Metropolis: Marburg.
- Springler, Elisabeth (2009b) *How to achieve the goal of affordable housing*, Marshall Plan Lecture, University of New Orleans, March 2009. http://www.centeraustria.org/storage/downloads/Springler_How%20to%20achieve%20the%20goal%20of%20affordable%20housing_show.pptx
- The Brookings Institution Metropolitan policy Program & Greater New Orleans Community Data Center (2009). *The New Orleans Index*, January 2009.
- UNISDR (2008) *2008 Disasters in numbers*, <http://www.crid.or.cr/digitalizacion/pdf/eng/doc17242/doc17242-contenido.pdf>
- University of New Orleans, Division of Business Economic Research (2009) *Metropolitan Report, Economic Indicators for the New Orleans Area*, March 2009.
- Wukovitsch, Florian (2009) *Neujustierung des lokalen Sozialstaates – Umbrüche der Wohnungspolitik in Berlin und Wien*, in: *Kurswechsel 1/2009*, S. 62-70.

Anmerkungen

- 1 Neue empirische Studien, siehe Noy (2009: 229), weisen einen kurzfristigen Einbruch des Outputs in der Folge einer Naturkatastrophe auf, wobei sich bei weniger entwickelten oder kleineren Staaten stärkere negative Effekte zeigen. Der Zusammenhang zwischen Naturkatastrophen und längerfristiger Entwicklung wird von Noy (2009) nicht untersucht.
- 2 Diese Annahme wurde vielfach kritisiert (siehe in diesem Zusammenhang unter anderem Springler, 2009a).
- 3 Auf die kurze Frist unterstellen Dacy/Kunreuther (1969), wie auch Albala-Bertrand (1993), dass Krisenregionen durch den Influx von Geldern zum Wiederaufbau einen Anstieg des Wirtschaftswachstums im Vergleich zur Periode vor der Naturkatastrophe aufweisen.
- 4 Laut Federal Emergency Management Association war im Staat Louisiana über eine Million Arbeitnehmer (oder über 75% der gesamten Arbeitnehmer) durch den Hurrikan Katrina betroffen, wobei der Schaden an den Arbeitsstätten unterschiedlich ist (siehe Jarmin/Miranda 2009: Table 1B).
- 5 Die hier verwendete Definition von Armut ergibt sich aus der Berechnung des U.S. Census Bureau, die nach Alter, Anzahl der Kinder und allgemeiner Haushaltgröße jährlich eine Mindesteinkommensstufe berechnen. Liegt das Haushaltseinkommen unter dieser Schwelle wird der Haushalt statistisch als »arm« bezeichnet. Im Jahr 2007 lag die Schwelle beispielsweise bei 13.884 U.S. Dollar für einen 2 Personenhaushalt unter 65 Jahren ohne Kinder (siehe U.S. Census Bureau fuer Daten www.census.gov). Die Schwelle wird jährlich dem Konsumentenpreisindex angepasst und wird nach den Angaben im Steuerausgleich berechnet.
- 6 Siehe für genaueres Housing Authority of New Orleans, www.hano.org.